



Geschäftsführung Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender

Herr Burghof-Parkin

Telefon: (0221) 221-21087

Fax: (0221) 221-29166

E-Mail: thiemo.burghof-parkin@stadt-koeln.de

Datum: 20.01.2023

Niederschrift

über die **8. Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender** in der Wahlperiode 2020/2025 am Dienstag, dem 29.11.2022, 17:00 Uhr bis 19:30 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

Anwesend waren:

Vorsitz

Bettina Baum

Amt für Integration und Vielfalt (16)

Stimmberechtigte Mitglieder

Stephan Borggreve

Auf Vorschlag von SC Janus e.V.

Lisa Etzold

SCHLAU Köln e.V.

Meike Nienhaus

Auf Vorschlag von rubicon e.V.

Jürgen Piger

Auf Vorschlag von anyway e.V.

Alexandra Sackmann

Auf Vorschlag von Wirtschaftsweiber e.V., Regionalgruppe NRW

Sophie Sänger

Auf Vorschlag von TXKöln

Alf Spröde

Auf Vorschlag von Völklinger Kreis e.V., Regionalgruppe Köln

Uwe Weiler

Auf Vorschlag von ColognePride e.V.

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Dirk Bachhausen

Auf Vorschlag von St. Sebastianus und Afra Schützenbrüderschaft Köln von 2012 e.V.

Christoph Klaes

Auf Vorschlag der Aidshilfe Köln e.V.

Jochen Saurenbach

Auf Vorschlag von Rheinfetisch e.V.

Ibrahim Willeke

Auf Vorschlag von SOFRA - Queer Migrants e.V.

Beratende Mitglieder

Lisa Mandelartz

Auf Vorschlag der Fraktion DIE FRAKTION

Floris Rudolph

GRÜNE

Werner Marx

CDU

Maria Katharina Westphal

Auf Vorschlag der FDP-Fraktion

Stephanie Sczuka

Auf Vorschlag der Volt-Fraktion

Stellvertretende beratende Mitglieder

Bürgermeister Andreas Wolter GRÜNE

Schrifführung

Thiemo Burghof-Parkin Amt für Integration und Vielfalt (161/3)

Verwaltung

Susanne Bonnemann Amt für Integration und Vielfalt (161/3)

Agnieszka Van Eerd Amt der Oberbürgermeisterin - Büro für Europa und Internationales (01-3)

Roman Weirich Amt für Kinder, Jugend und Familie (512-5-1)

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Vorsitz

Oberbürgermeisterin Henriette Reker

Stimmberechtigte Mitglieder

Oliver Schubert Auf Vorschlag von Aidshilfe Köln e.V.

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Carolina Brauckmann Auf Vorschlag von rubicon e.V.

Matthias Eiting Auf Vorschlag von Wirtegemeinschaft Schaafenstraße e.V.

Rabea Katharina Maas anyway e.V.

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Annette Rösener Auf Vorschlag von IG Dyke* March Cologne

Deborah Timm Auf Vorschlag von LSVD NRW e.V.

Beratende Mitglieder

Elfi Scho-Antwerpes SPD

Vivian Browarzik Auf Vorschlag der Fraktion DIE LINKE

Nele Werrmann Auf Vorschlag der AfD-Fraktion

Stellvertretende beratende Mitglieder

Martin Erkelenz CDU

Frank Osthoff Auf Vorschlag der Fraktion DIE LINKE

Ulrich Breite FDP

Walter Wortmann Auf Vorschlag von Die FRAKTION

Frau Baum eröffnet die 8. Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender (StadtAG LST) in der Wahlperiode 2020/2025 und begrüßt die stimmberechtigten und beratenden Mitglieder, die Kolleg*innen der Verwaltung und die Gäste.

Frau Baum begrüßt als externe Gäste Prof. Dr. Gabriele Dennert (Fachhochschule Dortmund), Oberstaatsanwalt Ulf Willuhn (Staatsanwaltschaft Köln), Rita Silvestre (SOFRA Queer Migrants e.V.), Falk Steinborn, Isra Rana und Marek Kowalczyk (anyway e.V.) sowie Stefan Halbe (Polizei Köln) und bittet das Gremium um ein Rederecht. Die Mitglieder der StadtAG LST gewähren den externen Gästen ein Rederecht.

Frau Baum begrüßt ein neues beratendes Mitglied der StadtAG LST, das erstmalig an einer Sitzung des Gremiums teilnimmt. Lisa Mandelartz wird auf Vorschlag der Fraktion Die Fraktion und in Nachfolge für Veronica Baus in die StadtAG LST entsandt. Als sachkundige Einwohnerin im Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern ist sie bereits verpflichtet.

Frau Baum weist darauf hin, dass das Mitglied Jochen Saurenbach wenige Tage vor der Sitzung seinen 80. Geburtstag begangen hat und übergibt das Wort zunächst an Herrn Piger.

Herr Piger gratuliert Herrn Saurenbach im Namen der StadtAG LST zum Geburtstag und überreicht einen Blumenstrauß.

Frau Baum gratuliert im Namen des Amtes für Integration und Vielfalt und der Fachstelle LSBTI und erinnert daran, dass Herr Saurenbach viel für LSBTI-Communities in Köln und darüber hinaus bewegt habe. Anschließend überreicht sie ein Geschenk.

Herr Saurenbach bedankt sich für die Glückwünsche. Als Zeitzeuge erinnere er sich noch daran, wegen seines Schwulseins als kriminell bezeichnet worden zu sein. Daher freue es ihn, dass Frau Oberbürgermeisterin Reker die Kölner LSBTI-Communities jedes Jahr zum CSD-Empfang in das Historische Rathaus einlade. Er bittet darum, seinen Dank dafür an die Oberbürgermeisterin weiterzutragen.

Frau Baum teilt mit, dass die Niederschrift der letzten Sitzung am 26.09.2022 veröffentlicht wurde. Sie fragt, ob es Fragen oder Anmerkungen zur Niederschrift gebe.

Es liegen keine Fragen oder Anmerkungen vor, die StadtAG LST nimmt die Niederschrift zur Kenntnis.

Änderungen und Ergänzungen zur Tagesordnung:

Frau Baum weist darauf hin, dass die Einladung zur Sitzung fristgerecht am 15.11.2022 verschickt wurde. Folgende TOPs und Vorlagen seinen seit Versand der Tagesordnung noch zugesetzt worden:

- 2.2 Anfrage an die Verwaltung zur Schaffung eines Queeren Ortes in Köln;
2946/2022
- 2.3 Offene Anfrage an die Verwaltung
hier: Anfrage von Sophie Sänger, TXKöln, an das Standesamt zu Namens- und Personenstandsänderungen nach Einführung des Transsexuellengesetzes 1981
- 3.2 Konzept zur Weiterentwicklung der Städtepartnerschaftsarbeit der Stadt Köln;
3238/2022
- 3.3 Neuaufstellung NRWeltoffen in Köln
hier: Benennung eines Jury-Mitglieds für die StadtAG LST

- 3.4 Antrag zum Budget der StadtAG LST - Auswertung und Dokumentation des Vernetzungstreffens für Lesben und queere FLINTA in Köln
hier: Antrag des Mitglieds Annette Rösener (IG Dyke* March Cologne); Antragsvolumen: 1.300 Euro
- 4.1 Schwimmzeiten für trans- und intergeschlechtliche Menschen-hier:
mündlicher Bericht von Sophie Säger (TXKöln)
- 8.4 LSBTI-Förderprogramm: Freigabe und Verteilung der Mittel von 2022
hier: Mitteilung zu den Beschlüssen des Ausschusses für Soziales, Seniorinnen und Senioren; 3955/2022
- 8.5 Selbstverständlich unterschiedlich: Aktionsplan der Stadt Köln zur Akzeptanz von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt
hier: mündlicher Sachstandsbericht
- 8.6 Beantwortung einer mündlichen Anfrage aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 30.08.2022 zum Thema "TIN-Jugendliche"; 3966/2022

Frau Baum fragt, ob es von Seiten der Mitglieder noch Punkte gebe, die zugesetzt werden sollten.

Herr Klaes teilt mit, unter dem TOP Verschiedenes etwas zum diesjährigen Programm des Welt-Aids-Tages am 01.12. berichten zu wollen.

Herr Weiler meldet an, ebenfalls unter dem TOP Verschiedenes eine Aktion zum Tag der Menschenrechte am 10.12. ankündigen zu wollen.

Frau Baum teilt den Vorschlag der Verwaltung mit, die Tagesordnungspunkte 3.3 und 8.2 gemeinsam zu behandeln, da diese inhaltlich zusammengehörten. Weitere Änderungswünsche stellt sie nicht fest.

Beschluss:

Die so ergänzte Tagesordnung wird durch die Mitglieder der StadtAG LST einstimmig beschlossen.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Vorträge

- 1.1 Verbesserung des Zugangs zur Gesundheitsversorgung für inter- und transgeschlechtliche Menschen durch Abbau von Diskriminierung als versorgerseitiger Zugangsbarriere
hier: Vortrag zum Projekt durch Prof. Dr. Gabriele Dennert, Fachhochschule Dortmund
- 1.2 Ansprechperson für LSBTI-Menschen bei der Staatsanwaltschaft Köln
hier: Vorstellung von Oberstaatsanwalt Ulf Willuhn

2 Beantwortungen von Anfragen und Fragen zu Mitteilungen aus früheren Sitzungen

- 2.1 Beantwortung einer mündlichen Anfrage aus der Sitzung vom 14.06.2022 zur Evaluation der kommunalen Seniorenprogramme der Stadt Köln
3722/2022
- 2.2 Anfrage an die Verwaltung zur Schaffung eines Queeren Ortes in Köln
2946/2022
- 2.3 Offene Anfrage an die Verwaltung
hier: Anfrage von Sophie Sänger, TXKöln, an das Standesamt zu Namens- und Personenstandsänderungen nach Einführung des Transsexuellengesetzes 1981

3 Anträge/Beschlüsse/Beschlussempfehlungen

- 3.1 Teilnahme am Landesprogramm „Kommunales Integrationsmanagement (KIM)“
2904/2022
- 3.2 Konzept zur Weiterentwicklung der Städtepartnerschaftsarbeit der Stadt Köln
3238/2022

- 3.3 Neuaufstellung NRWeltoffen in Köln
hier: Benennung eines Jury-Mitglieds für die StadtAG LST
- 3.4 Antrag zum Budget der StadtAG LST - Auswertung und Dokumentation des Vernetzungstreffens für Lesben und queere FLINTA in Köln
hier: Antrag des Mitglieds Annette Rösener (IG Dyke* March Cologne); Antragsvolumen: 1.300 Euro
- 4 Trans**
- 4.1 Schwimmzeiten für trans- und intergeschlechtliche Menschen
hier: mündlicher Bericht von Sophie Sänger (TXKöln)
- 5 LSBTI Geflüchtete**
- 5.1 Kampagne zur Akzeptanz von queeren Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte
3768/2022
- 6 Sichtbarkeit von Lesben in Köln**
- 7 Diversity**
- 8 Sachstandsberichte und Mitteilungen**
- 8.1 Sister Cities Stand Together: Jugendaustausch mit Kattowitz
hier: mündlicher Bericht von Falk Steinborn (anyway e.V.)
- 8.2 Neuaufstellung NRWeltoffen in Köln
3557/2022
- 8.3 Qualifizierungsangebote Diskriminierungsfreies Handeln im Schulungsprogramm der Stadt Köln
3529/2022
- 8.4 LSBTI-Förderprogramm: Freigabe und Verteilung der Mittel von 2022
hier: Mitteilung zu den Beschlüssen des Ausschusses für Soziales, Seniorinnen und Senioren
3955/2022
- 8.5 Selbstverständlich unterschiedlich: Aktionsplan der Stadt Köln zur Akzeptanz von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt
hier: mündlicher Sachstandsbericht
- 8.6 Beantwortung einer mündlichen Anfrage aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 30.08.2022 zum Thema "TIN-Jugendliche"
3966/2022

9 Berichte aus Ausschüssen

10 Neue Anfragen

**11 Themen der nächsten Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und
Transgender**

12 Verschiedenes

I. Öffentlicher Teil

1 Vorträge

1.1 **Verbesserung des Zugangs zur Gesundheitsversorgung für inter- und transgeschlechtliche Menschen durch Abbau von Diskriminierung als versorgerseitiger Zugangsbarriere** **hier: Vortrag zum Projekt durch Prof. Dr. Gabriele Dennert, Fachhochschule Dortmund**

Frau Prof. Dr. Dennert stellt das Projekt InTraHealth anhand der in der Anlage zum Tagesordnungspunkt 1.1 zur Verfügung gestellten Präsentation vor.

Im Anschluss an den Vortrag findet ein Austausch mit den Anwesenden statt.

Frau Sänger bedankt sich für die Vorstellung des Projekts und äußert, selber trans Menschen zu kennen, die sich trotz bestehender Grunderkrankungen nicht in ärztlicher Behandlung befänden. Sie hoffe, dass das Projekt InTraHealth dazu beitrage, die Situation zu verändern. Dies erfolge, wenn das medizinische Personal erreicht werde. Daher bittet sie die StadtAG LST zu beschließen, dass der Vortrag auf die Tagesordnung des Gesundheitsausschusses gesetzt werden solle.

Herr Rudolph fragt bezüglich der im Vortrag genannten Projekt-Kooperation mit den Kliniken Köln, inwieweit die Kliniken als Ausbildungsbetrieb die Prozesse zur Öffnung für trans- und intergeschlechtliche Menschen in die täglichen Arbeitsabläufe implementiert haben oder wollten?

Frau Prof. Dr. Dennert antwortet, dass nach ihrer Kenntnis die Kliniken Köln ein großes Interesse an der Umsetzung haben und so z. B. immer wieder Menschen von dort an Testungen der Benutzungsfreundlichkeit teilnahmen. Grund für die Zusammenarbeit sei der klinikinterne Diversity-Schwerpunkt gewesen.

Herr Spröde freut sich, dass das Bundesministerium für Gesundheit involviert ist und fragt, ob andere bundesweit agierende Institutionen ebenfalls beteiligt seien, die die Bekanntmachung des Projektes forcieren könnten. So könne die Bundesstiftung Magnus Hirschfeld oder der Queerbeauftragte der Bundesregierung angesprochen werden.

Frau Prof. Dr. Dennert antwortet, dass das Projekt im Aktionsplan der Bundesregierung für Akzeptanz und Schutz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt Erwähnung finde. Sie könne sich daher vorstellen, dass auch von Seiten der Bundesregierung ein großes Interesse daran bestehe, dass die Bundesstiftung Magnus Hirschfeld das Projekt bewerbe.

Meike Nienhaus erklärt ergänzend zum Vorschlag von Frau Sänger, dass die große Herausforderung die Öffnung der hausärztlichen Praxen für das Thema sei. Hier müsse eine Sensibilisierung und Vernetzung erfolgen, da diese Mediziner*innen erste Anlaufstellen für trans- und intergeschlechtliche Menschen im breitgestreuten Gesundheitssystem in Köln seien.

Frau Baum lässt über den Vorschlag von Frau Sänger abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

1.2 Ansprechperson für LSBTI-Menschen bei der Staatsanwaltschaft Köln hier: Vorstellung von Oberstaatsanwalt Ulf Willuhn

Herr Oberstaatsanwalt Willuhn stellt sich vor und erläutert anhand der in der Anlage zum Tagesordnungspunkt 1.2 zur Verfügung gestellten Präsentation, was sich die Staatsanwaltschaft Köln mit der Einsetzung einer Ansprechperson für LSBTI-Menschen vorgenommen hat.

Im Anschluss an den Vortrag findet ein Austausch mit den Anwesenden statt.

Herr BM Wolter bedankt sich für den Vortrag und äußert, dass zunächst das Hemmnis ausgeräumt werden müsse, dass Anzeigen in der Wahrnehmung der Betroffenen häufig zu nichts führten und der Eindruck entstehe, dass solchen Straftaten nicht ernsthaft nachgegangen werde.

Herr OStA Willuhn äußert, dass Hass und Hetze in den Sozialen Medien nur schwer zu verfolgen sei, da die betreibenden Firmen der Nutzenden schützten und die Strafverfolgungsbehörden keine rechtlichen Zwangsmittel zur Verfügung hätten. So sei das Netzwerkdurchsetzungsgesetz wegen einer erhobenen Klage noch nicht in Kraft getreten. Er könne aber für seinen Bereich sagen, dass immer probiert werde, die bestehenden Möglichkeiten auszuschöpfen.

Herr Spröde greift das Stichwort Barrierefreiheit auf und erinnert daran, dass in der Vergangenheit besonders schwule Männer aufgrund ihrer sexuellen Identität eigene Erfahrungen mit den Strafverfolgungsbehörden gemacht hätten und verurteilt worden seien. Diese Erfahrung stelle eine Barriere dar. Eine weitere Barriere könne sein, dass bildungsfernere Menschen nicht wüssten, dass sie sich direkt an die Staatsanwaltschaft wenden könnten. Er kenne Staatsanwält*innen mit LSBTI-Biographie und schlage vor, ein Netzwerk dieser zu gründen, auf das die LSBTI-Ansprechperson zurückgreifen könne. Auch dies könne eine Barriere verringern. Zudem müssten Gespräche auf Augenhöhe möglich sein.

Herr OStA Willuhn bestätigt, dass sich in der Struktur der Staatsanwaltschaft Köln die Gesellschaft abbilde und er auch queere Kolleg*innen habe. Ob diese sich im LSBTI-Themenfeld exponieren wollten, obliege der individuellen Entscheidung. Die Netzwerkidée nehme er mit.

Herr Bachhausen sagt, die Bandbreite der Fälle sei weit. Er gehe davon aus, dass die Mitarbeitenden der Justiz ein grundsätzliches Interesse haben, Fälle aufzuklären, aber mit der Vielzahl der Fälle überlastet seien. Seine persönlichen Erfahrungen seien, dass mehrere Anzeigen wegen Mangel öffentlichen Interesses eingestellt würden. Dies sei demotivierend und erkläre, warum die Zahl der angezeigten Fälle so gering sei.

Herr OStA Willuhn äußert mitzunehmen, dass die Staatsanwaltschaft oftmals enttäuschende Ergebnisse präsentiere. Zudem mache er die Zusage, dass bei angezeigter Queerfeindlichkeit das öffentliche Interesse nicht mehr verneint werde.

Herr Weiler berichtet, dass der ColognePride e.V. oft erste Anlaufstelle zur Meldung queerfeindlicher Übergriffe sei. Bisher verweise er bei erkennbaren Straftaten immer an die Polizei oder an die Expertise des rubicon e.V., wenn sich Menschen aufgrund schlechter Erfahrungen (im Herkunftsland) nicht an die Polizei wenden wollten. Er frage daher, ob er Menschen in Zukunft direkt an die LSBTI-Ansprechperson verweisen solle.

Herr OstA Willuhn bejaht dies als zusätzliche Möglichkeit. Er könne dann Kontakte zum Staatsschutz knüpfen, die den Menschen die Erstvorsprache auf einer Polizeiwache ersparten. Ihm sei bewusst, dass Opfer von Straftaten bei der Strafverfolgung an verschiedenen Stellen Retraumatisierungen erlebten.

Herr Rudolph betont die besondere Bedeutung der Schaffung von Sichtbarkeit und Vertrauen. Bereits die Einsetzung einer LSBTI-Ansprechperson sei ein wichtiges Zeichen. Die Dunkelziffer der nichtangezeigten homo- und transfeindlichen Straftaten sei ein Problem und müsse verkleinert werden. Daher begrüße er die Aussagen zur Nichteinstellung von Anzeigen bei Queerfeindlichkeit. Die in der Statistik erhobenen Zahlen seien wichtig, um genau diese Feindlichkeit öffentlich darstellen zu können. Positive Erfahrungen von Einzelpersonen könnten zudem weitere Menschen bewegen, Anzeigen zu erstatten. Aktuell beobachte er, dass es mehr queerfeindliche Vorfälle gebe, die in ihrer Intensität immer schlimmer würden und oft mit Körperverletzungen einhergingen. Auch dies erhöhe per se die Anzeigenbereitschaft. Bei geringfügigeren Straftaten seien auch die Mitglieder der StadtAG LST gefordert, für die Anzeigenbereitschaft zu werben und diese vorzuleben. Abschließend freue er sich über die Entscheidung der Staatsanwaltschaft zur Einrichtung dieser Stelle, die er bei der Polizei noch vermisse. Zudem empfehle er, dass die Strafverfolgungsbehörden mit einem eigenen Stand Sichtbarkeit beim CSD zeigten und die Besuchenden dort mit Flyern ermutigen, diese als Ansprechpersonen anzusehen und bei Bedarf Anzeigen zu erstatten. So werde dies z. B. bei der Polizei in Kölns Partnerstadt Rotterdam umgesetzt und schaffe Vertrauen.

Herr Halbe berichtet für den Leitungsstab der Polizei Köln, dass die Notwendigkeit der Sichtbarkeit zur Erhöhung der Anzeigenbereitschaft erkannt worden sei. Der neue Polizeipräsident habe daher entschieden, eine LSBTI-Beauftragung bei der Polizei Köln zu installieren, um die Ansprechbarkeit der Polizei zu steigern. Diese Beauftragung könne auch mehrere Kolleg*innen umfassen. LSBTI-Personen könnten sich zur Anzeigenerstellung direkt an diese Stelle wenden. Die Polizei habe festgestellt, dass insbesondere beim Wachdienst auf der Straße enormer Fortbildungsbedarf bestehe, um die Akzeptanz gegenüber der LSBTI-Communities zu verbessern, und es LSBTI-Menschen zu erleichtern, die Polizei bei Problemen anzusprechen. Die Idee eines eigenen Standes beim CSD nehme er mit. Der Polizei Köln sei wichtig, dass die noch einzusetzende LSBTI-Beauftragung für Externe ansprechbar sei, sichtbar sei, aktiv in die LSBTI-Communities hineingehe, Fortbildungsveranstaltungen besuche und im besten Fall eine LSBTI-Biographie habe. Mit der damit einhergehenden Sensibilität könnte den Bedürfnissen und Problemstellungen besser begegnet werden. Sobald eine LSBTI-Beauftragung eingesetzt sei, werde es eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit geben.

Herr Weiler freut sich über den (wieder) aufgenommenen Faden zu Staatsanwaltschaft und Polizei in Köln und berichtet, dass für die Organisator*innen der CSD-Veranstaltungen in Deutschland Polizei und Staatsanwaltschaft zum CSD dazugehörten. In Köln laufe die Zusammenarbeit mit der Polizei sehr partnerschaftlich.

2 Beantwortungen von Anfragen und Fragen zu Mitteilungen aus früheren Sitzungen

2.1 Beantwortung einer mündlichen Anfrage aus der Sitzung vom 14.06.2022 zur Evaluation der kommunalen Seniorenprogramme der Stadt Köln 3722/2022

Frau Baum weist auf die Beantwortung einer mündlichen Anfrage von Frau Brauckmann hin. Diese habe mitgeteilt, dass sie keine Rückfragen zu der Beantwortung habe.

Die StadtAG LST nimmt die Beantwortung der Anfrage zur Kenntnis.

2.2 Anfrage an die Verwaltung zur Schaffung eines Queeren Ortes in Köln 2946/2022

Frau Baum weist auf die vorliegende zusammengefasste Beantwortung der Verwaltung zu zwei Anfragen von Frau Syndicus und Herrn Spröde hin. Sie ergänzt, dass Frau Syndicus mitgeteilt habe, keine Rückfragen zu haben. Ebenso fragt sie Herrn Spröde, ob er Rückfragen oder Anmerkungen habe.

Herr Spröde gibt an zwei Rückfragen zu haben.

1. Er bittet die Verwaltung zu prüfen, inwieweit der Elogiusplatz als Ort in Frage komme, bei dem ein gestalterischer Akzent als queerer Ort gesetzt werden könne und welche Formen der Gestaltung (z.B. Bodenbelag, Brunnen, Kunstobjekt etc.) dort überhaupt möglich wären.
2. Für welche Plätze innerhalb der Ringe, die zentral gelegen sind und Bezug zu den LSBTI-Communities in Köln haben, und sich somit für die Umsetzung eines queeren Ortes eignen würden, steht in den kommenden Jahren eine Neugestaltung mit einem Beteiligungsverfahren an? Und wie können die Mitglieder der StadtAG rechtzeitig eingebunden werden?

Frau Baum sichert die Weiterleitung der Rückfragen an die Fachverwaltung zu.

Die StadtAG LST nimmt die Beantwortung der Anfrage zur Kenntnis.

2.3 Offene Anfrage an die Verwaltung hier: Anfrage von Sophie Sänger, TXKöln, an das Standesamt zu Namens- und Personenstandsänderungen nach Einführung des Transsexuellengesetzes 1981

Frau Baum weist auf die offene Anfrage von Frau Sänger an das Standesamt hin und ergänzt, dass die Beantwortung immer noch in Bearbeitung sei. Das Amt für Integration und Vielfalt befinde sich im Austausch mit den Kolleg*innen des Standesamtes. Sie hoffe, dass die Beantwortung zur kommenden Sitzung vorliege.

Frau Sänger fragt, ob die Gründe für die Verzögerung bekannt seien?

Herr Burghof-Parkin weist auf die Komplexität der Anfrage an. Eine Archivierung der Fälle habe grundsätzlich stattgefunden, aber erst seit 2012 würden Personenstandsänderungen aufgrund der geschlechtlichen Identität gesondert abgelegt. Es brauche daher Zeit und Personal.

3 Anträge/Beschlüsse/Beschlussempfehlungen

3.1 Teilnahme am Landesprogramm „Kommunales Integrationsmanagement (KIM)“ 2904/2022

Frau Baum weist auf die vorliegende Beschlussvorlage der Verwaltung hin und ergänzt, dass die vorberatenden Gremien StadtAG Behindertenpolitik, Integrationsrat und der Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren der Vorlage unverändert zugestimmt haben.

Frau Baum stellt fest, dass es keine Fragen oder Ergänzungsanträge zur Vorlage gebe.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender beschließt folgende Beschlussempfehlung an die nachfolgenden Gremien:

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt entsprechend der gesetzlichen Verankerung im Teilhabe- und Integrationsgesetz Nordrhein-Westfalen

1. die weitere Teilnahme am Landesprogramm „Kommunales Integrationsmanagement“ (KIM) ab dem 01.01.2023 mit den Förderbausteinen
 - (1) Betrieb eines strategischen Kommunalen Integrationsmanagements und
 - (2) Durchführung eines rechtskreisübergreifenden, individuellen Case Managements unter dem Vorbehalt des Eingangs des Bewilligungsbescheides der Bezirksregierung Arnsberg (Förderung aus Mitteln des Ministeriums für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration NRW (MKJFGFI).
2. die Finanzierung des Vorhabens vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2023/2024 wie dargestellt:
 - Die erforderlichen Mittel für das Haushaltsjahr 2023 in Höhe von 1.373.575,00€ werden im Teilergebnisplan 0504-Freiwillige Sozialleistungen und Diversity finanziert. Es fallen insgesamt Aufwendungen in der Teilplanzeile 11- Personalaufwendungen in Höhe von 343.475,00€, in der Teilplanzeile 15- Transferaufwendungen in Höhe von 952.000,00€ und in der Teilplanzeile 16- Sonstige ordentliche Aufwendungen in Höhe von 78.100,00€ an. Darüber hinaus ist mit einem voraussichtlichen Ertrag in der Teilplanzeile 02-Zuwendungen und allgemeine Umlagen in Höhe von 1.118.100,00€ zu rechnen. Die den Ertrag übersteigenden Aufwände in Höhe von 255.475,00€ werden mit einem Anteil von 73.475,00€ (Personalkosten) und einem Anteil von 182.000,00€ (Sachkosten) aus dem Stellenbudget des Dezernates OB bzw. innerhalb des Budgets des Teilplans 0504- Freiwillige Sozialleistungen und Diversity kompensiert.
 - Die erforderlichen Mittel für das Haushaltsjahr 2024 in Höhe von 1.454.000,00€ werden im Teilergebnisplan 0504-Freiwillige Sozialleistungen und Diversity finanziert. Es fallen insgesamt Aufwendungen in der Teilplanzeile 11- Personalaufwendungen in Höhe von 423.900,00€, in der Teilplanzeile 15- Transferaufwendungen in Höhe von 952.000,00€ und in der Teilplanzeile 16- Sonstige ordentliche Aufwendungen in Höhe von 78.100,00€ an. Darüber hinaus ist mit einem voraussichtlichen Ertrag in der Teilplanzeile 02-Zuwendungen und allgemeine Umlagen in Höhe von 1.118.100,00€ zu rechnen. Die den Er-

trag übersteigenden Aufwände in Höhe von 335.900,00€ werden mit einem Anteil von 153.900,00€ (Personalkosten) und einem Anteil von 182.000,00€ (Sachkosten) aus dem Stellenbudget des Dezernates OB bzw. innerhalb des Budgets des Teilplans 0504-Freiwillige Sozialleistungen und Diversity kompensiert.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

3.2 Konzept zur Weiterentwicklung der Städtepartnerschaftsarbeit der Stadt Köln 3238/2022

Frau Baum weist auf die vorliegende Beschlussvorlage der Verwaltung hin und fragt, ob es dazu Fragen oder Anmerkungen gebe.

Herr Rudolph stellt im Auftrag von Bürgermeister Wolter die Frage, ob die ukrainische Partnerstadt Dnipro bei Diversity-Programmen wie „Sister Cities Stand Together“ mitgedacht werde und LSBTI-Aktivist*innen miteingeladen werden.

Frau van Eerd nimmt die Frage mit in das Büro für Europa und Internationales und sagt eine Beantwortung zur nächsten Sitzung zu.

Herr Spröde dankt für das ausgewogene Konzept. Er fragt, was mit Städtepartnerschaften passiere, wenn z. B. autoritäre Regime an die Macht kämen oder Menschenrechte mit Füßen getreten würden. Gibt es für die StadtAG Möglichkeiten, entsprechende Hinweise einzureichen und damit im schlimmsten Falle zu erreichen, dass eine Städtepartnerschaft eingefroren werde?

Frau van Eerd nimmt auch diese Frage mit und sagte eine Beantwortung zu.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender beschließt folgende Beschlussempfehlung an die nachfolgenden Gremien:

Beschluss:

1. Der Rat beschließt das vorliegende „Konzept zur Weiterentwicklung der Städtepartnerschaftsarbeit der Stadt Köln“.
2. Die Verwaltung wird beauftragt,
 - 2.1 die im Konzept aufgeführten Einzelmaßnahmen entsprechend der vorhandenen finanziellen und personellen Ressourcen sukzessive umzusetzen; dabei soll die Verwaltung bei der Umsetzung der Maßnahmen die aktuellen lokalen Erfordernisse berücksichtigen sowie sie unter Beachtung der weltpolitischen Lage nötigenfalls anpassen und entsprechend priorisieren;
 - 2.2 unter Einbeziehung der an der Entwicklung des Konzepts zur Weiterentwicklung der Städtepartnerschaftsarbeit bereits beteiligten sowie gegebenenfalls weiterer Vereine und Organisationen zu prüfen, ob sich die Stadt Köln, dem Beispiel anderer europäischer Städte wie Barcelona, Graz, Nürnberg, Utrecht und Wien folgend, ausdrücklich zur `Stadt der Menschenrechte´ erklärt, und nach erfolgter Prüfung dem Rat dazu eine Mitteilung bzw. einen Beschlussvorschlag vorzulegen.
3. Der Rat begrüßt ausdrücklich das bisherige Engagement der städtischen Unternehmen und Beteiligungen im Bereich der internationalen Kölner Städtepartnerschaften und Städtekooperationen sowie der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit. Die städtischen Unternehmen und Beteiligungen leisten damit einen wichtigen und unverzichtbaren Beitrag zur Pflege der Städtepartnerschaften sowie

zur gesamtstädtischen Umsetzung der urbanen Agenda der EU und der UN-Nachhaltigkeitsziele. Der Rat bittet die städtischen Unternehmen und Beteiligungen, ihr diesbezügliches Engagement im Rahmen der wirtschaftlichen und rechtlichen Möglichkeiten fortzusetzen und zu intensivieren.

In dem Zusammenhang stellt der Rat anerkennend fest, dass zunehmend auch die Bundes- und Landesregierung das große Potential kommunaler Unternehmen im Bereich europäischer und internationaler Städtekooperationen sowie der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit erkennen und wertschätzen.

Dem zuständigen Fachausschuss für Europa und Internationales wird über die Umsetzung der Maßnahmen zum Ende des jeweiligen Jahres Bericht erstattet.

Abstimmungsergebnis: *einstimmig zugestimmt*

3.3 Neuaufstellung NRWeltoffen in Köln hier: Benennung eines Jury-Mitglieds für die StadtAG LST

Frau Baum erinnert daran, dass mit Beschluss der Tagesordnung festgelegt wurde, diesen TOP gemeinsam mit TOP 8.2 zu behandeln. Sie fragt daher zunächst, ob es Rückfragen oder Anmerkungen zu der Mitteilung unter TOP 8.2 gebe.

Frau Baum erinnert daran, dass die StadtAG die Möglichkeit habe, eine Person als Jury-Mitglied zur Vergabe der Fördermittel zu benennen. Die Fachstelle LSBTI habe ihr mitgeteilt, dass Oliver Schubert Interesse an der Position angemeldet habe. Weitere Interessensbekundungen stellt sie nicht fest.

Beschluss:

Die StadtAG LST benennt Oliver Schubert als Mitglied für die Jury zur Bewertung von Anträgen und der Mittelvergabe des Fördertopfes NRWeltoffen.

Abstimmungsergebnis: *einstimmig zugestimmt*

3.4 Antrag zum Budget der StadtAG LST - Auswertung und Dokumentation des Vernetzungstreffens für Lesben und queere FLINTA in Köln hier: Antrag des Mitglieds Annette Rösener (IG Dyke* March Cologne); Antragsvolumen: 1.300 Euro

Frau Baum weist darauf hin, dass am 26.11.2022 das Vernetzungstreffen für Lesben und queere FLINTA in Köln stattgefunden habe. Da keine der Organisator*innen anwesend sei, bittet sie Frau Bonnemann um einen kurzen Bericht.

Frau Bonnemann berichtet, dass die Veranstaltung vom Arbeitskreise Sichtbarkeit von Lesben und queeren FLINTA in Köln der StadtAG organisiert und aus dem Budget der StadtAG finanziert wurde. Über 80 Personen hätten die Veranstaltung besucht, im Vorfeld hätte es 90 Anmeldungen gegeben. Somit hätten Austausch und Vernetzung stattfinden können.

Frau Baum dankt für den Bericht und weist darauf hin, dass der vorliegende Budgetantrag bereits vor der Veranstaltung vorgelegen habe, nun aber erst behandelt werden könne. Sie fragt, ob es dazu Rückfragen gebe.

Herr Weiler erinnert daran, dass der KLuST e.V. den ersten Antrag zu der Veranstaltung gestellt habe und fragt, ob die nun beantragten Budgetmittel erneut an den KLuST e.V. oder an die IG Dyke* March Cologne ausgezahlt werden?

Frau Bonnemann antwortet, dass die Mittel nach positiver Abstimmung an die IG Dyke* March als Antragsteller*innen ausgezahlt werden.

Beschluss:

a. Beschreibung des Vorhabens

Die Lesben und queere FLINTA Community soll mit dieser Veranstaltung, die am 26.11.2022 im Bürgerzentrum Alte Feuerwache stattfinden wird, die Möglichkeit erhalten, sich zu kennenzulernen und zu vernetzen. Organisationen, Initiativen, Projekte und Interessierte und auch nicht-engagierte Einzelpersonen sollen mit dieser Veranstaltung angesprochen werden. Die Veranstaltung sowie Rückmeldungen und Ergebnisse der Diskussionsbögen sollen professionell dokumentiert und ausgewertet werden.

b. Zweck und Ziel der Verwendung

- Zweck der Veranstaltung ist es die vielfältigen Organisationen, Initiativen, Projekte und Menschen, die sich für das Thema interessieren, für einen Austausch zusammenzubringen.
- Netzwerken über den AK „Sichtbarkeit und Vernetzung von Lesben & queeren FLINTA in Köln“ hinaus
- Empowerment und Unterstützung innerhalb der Community
- NEU: Dokumentation der Veranstaltung, Auswertung der Diskussionsbögen und räumliche Zuordnungen, Auswertung Fragenbogen/ online im Nachgang, Zusammenfassen von online und vor Ort Rückmeldungen, Aufbereitung der Dokumentation als pdf inkl. Bilder

c. Kosten- und Finanzierungsplan

Honorar Inhaltliche Auswertung Veranstaltung, Rückmeldungen, textliche Aufbereitung, Clustern in Vorbereitung für Anfang 2023	€ 650 (10 Std.)
Honorar Aufbereitung, Bearbeitung Bilder, Formaterstellung, grafische Aufbereitung der Rückmeldungen im pdf Format	€ 650 (10 Std.)

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

4 Trans

4.1 Schwimmzeiten für trans- und intergeschlechtliche Menschen hier: mündlicher Bericht von Sophie Sänger (TXKöln)

Frau Sänger berichtet, dass es im Jahr 2022 elf Schwimmtermine gegeben habe. Sie bedanke sich bei der Stadt Köln für die finanzielle Unterstützung des Angebotes, ebenso dem rubicon e.V. und dem SC Janus e.V. für die ehrenamtliche Durchführung. Weiterhin dankt sie dem Personal des Genoveva-Bades für die stets freundliche Zusammenarbeit. Im Folgejahr könne das Angebot aufrechterhalten werden, es werde zehn Schwimmtermine geben.

5 LSBTI Geflüchtete

5.1 Kampagne zur Akzeptanz von queeren Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte 3768/2022

Frau Baum weist auf die vorliegende Mitteilung zu einer gemeinsamen Kampagne der Stadt Köln mit dem SOFRA Queer Migrants e.V. hin. Sie bittet zunächst die Protagonist*innen Ibrahim Willeke und Rita Silvestre um Erfahrungsberichte.

Herr Willeke äußert, sehr stolz auf die Kampagne und ihre Wirkung zu sein. Er erinnere sich daran, im Jahr 2016 in der StadtAG LST über seine Unterbringung als schwuler Mann in einer Unterkunft für Geflüchtete berichtet zu haben. Heute trage er zu mehr Sichtbarkeit von queeren Migrant*innen in Köln bei. Darauf sei er sehr stolz, ebenso auf die Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung. Für ihn zeige die Kampagne, dass auch Migrant*innen und Geflüchtete eine professionelle Arbeit leisten könnten und den Mut hätten, sichtbar zu werden.

Frau Silvestre dankt (auf Englisch) dafür, ein Teil der Kampagne sein zu können. Für ihre Generation seien solche Beispiele sehr wichtig, um sich akzeptiert zu fühlen und sich einfacher in die Gesellschaft zu integrieren. Sie komme aus einem Land, in dem ein Outing sehr schwierig sei. In ein anderes Land zu kommen und dort queere Menschen mit Migrationsgeschichte auf Plakaten zu sehen, erhöhe das Sicherheitsgefühl und ermögliche es, für die eigene Identität zu kämpfen.

Frau Baum dankt Frau Silvestre und Herrn Willeke für die Berichte und den gezeigten Mut zur Teilnahme.

Herr Burghof-Parkin ergänzt, dass die Öffentlichkeitsarbeit zur Kampagne in den sozialen Medien sehr erfolgreich gewesen sei. Die von der Stadt Köln veröffentlichten Videos mit Protagonist*innen der Kampagne hätten hohe Klickzahlen erreicht, von den 20 Prozent von Personen kämen, die der Stadt Köln nicht folgten. Weiterhin gebe es aus städtischen Schulen Anfragen, ob die Plakate auch als Poster erhältlich seien, um diese in den Schulen aufzuhängen. Das Amt für Integration und Vielfalt lasse daher Poster von allen sechs Protagonist*innen im DIN A2 Format drucken, die auch von der StadtAG bestellt werden könnten. Zudem kündigt er an, dass drei Plakatmotive in der Woche um den IDAHOBIT 2023 (17. Mai) erneut in den City-Lights gezeigt werden.

Herr Weiler fragt, ob die Kampagne auch während des ColognePride 2023 gezeigt werden könne.

Frau Baum antwortet, dass diesem Anliegen aus ihrer Sicht nichts entgegenstehe.

Die StadtAG LST nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

6 Sichtbarkeit von Lesben in Köln

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

7 Diversity

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

8 Sachstandsberichte und Mitteilungen

8.1 Sister Cities Stand Together: Jugendaustausch mit Kattowitz hier: mündlicher Bericht von Falk Steinborn (anyway e.V.)

Herr Steinborn berichtet, erst in der Nacht vor der Sitzung mit der Reisegruppe aus Kattowitz zurückgekommen zu sein. Damit seien die Eindrücke noch sehr frisch. Er danke der Stadt Köln für die finanzielle Förderung der Reise. Neben ihm säßen Isra Rana und Marek Kowalczyk, um über ihre Erfahrungen zu berichten.

Herr Rana berichtet, dass die Reisegruppe aus sechs Jugendlichen und Falk Steinborn als pädagogischer Leitung bestanden habe. Nach einem ersten Besuch beim Kattowitz Pride March im Jahr 2021 sei der Gedanke gereift, dass Kattowitz ein LSBTI-Jugendzentrum brauche. An einer Diskussionsrunde zu diesem Thema habe auch der stellvertretende Bürgermeister der Stadt Kattowitz teilgenommen, der bei einem Besuch vor Ort in Köln im Mai 2022 die Arbeit des anyway kennenlernte.

Bei der gerade erfolgten Reise nach Kattowitz sei das Ziel gewesen, einen Nachmittag im Stile eines queeren Jugendzentrums umzusetzen. Im Raum der lokalen LSBTI-Organisation Tęczówka sei dafür ein Pop-up-Jugendzentrum eingerichtet worden, um den Austausch von queeren Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu ermöglichen. Ähnlich wie im anyway habe dies mit verschiedenen Aktivitäten stattgefunden. Am folgenden Tag hätten die Kölner Aktivist*innen auf den Straßen von Kattowitz Passant*innen zu den Themen Menschenrechte, LGBT-freie Zonen und queeren Familienmitgliedern interviewt.

Herr Kowalczyk berichtet ergänzend, dass das Pop-up-Jugendzentrum sehr gut angenommen wurde. Wie bei einem ersten Besuch im anyway auch, seien die Jugendlichen zunächst schüchtern gewesen. Zur Entspannung habe beigetragen, dass eine aus Köln kommende Person polnisch gesprochen habe. Die offene Dynamik der Kölner Gruppe habe für weitere Lockerheit gesorgt und Gespräche entstehen lassen. Ein Ergebnis sei gewesen, dass sich die Jugendlichen am Folgetag erneut getroffen hätten. Derzeit plane das anyway eine Fotoausstellung, zu der auch eingeholte Statements wiedergegeben werden sollen. Dieses Projekt habe gezeigt, dass es in Kattowitz keine Vernetzung und kein Community-Gefühl gebe. Menschen für Interviews seien nur über Dating-Portale gefunden worden. Dabei sei klar geworden, wie vorsichtig die Menschen seien. Oft seien Aussagen zu hören gewesen wie „solange nichts Queerfeindliches passiert, ist es schon queerfreundlich in Polen“. Viele stünden unter einer Art Angstglocke, obwohl Homosexualität in Polen nicht verboten sei. Dies schockiere und mache deutlich, dass Vorbilder fehlen würden. Die Kölner Aktivist*innen selbst seien bereits als Vorbilder angesehen worden, da diese über queere Themen gesprochen hätten und sich für die polnischen LSBTI-Menschen dadurch eine neue Lebenswelt eröffnet habe. Die LSBTI-Organisation Tęczówka erreiche durch ihre Arbeit viel, sei aber eher eine Planungsgruppe und schaffe keinen Raum, in dem Mensch sich fallen lassen könne. Abschließend übersetzt er einen Kommentar eines Jugendlichen auf Social Media, der geschrieben habe:

„Ich werde euch alle beweinen. Ich weiß, wir lernten uns alle erst vor wenigen Stunden kennen, aber gefühlt habe ich meine Wahlfamilie gefunden.“

Herr Steinborn gibt ergänzend den Ausblick, dass die Zusammenarbeit mit der LSBTI-Organisation Tęczówka sehr gut sei. So sei die Einladung zum Katowice Pride March am ersten September-Wochenende 2023 bereits ausgesprochen worden. Dort solle erneut ein Pop-Up-Jugendzentrum auf dem Straßenfest eingerichtet werden. Dies solle in aller Öffentlichkeit deutlich machen, dass ein queeres Jugendzentrum in erster Linie ein Schutz- und Wohlfühlraum für queere Jugendliche sei.

8.2 Neuaufstellung NRWeltoffen in Köln 3557/2022

Frau Baum erinnert daran, dass dieser TOP bereits gemeinsam mit TOP 3.3 behandelt wurde.

Die StadtAG LST nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

8.3 Qualifizierungsangebote Diskriminierungsfreies Handeln im Schulungsprogramm der Stadt Köln 3529/2022

Frau Baum fragt, ob es zu dieser Mitteilung Fragen oder Anmerkungen gibt.

Herr Spröde berichtet, im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales bereits Nachfragen gestellt zu haben. Da er selbst beim LVR für die Schulung von Führungskräften zuständig sei, empfinde er das vorgelegte Schulungsprogramm als sehr eindimensional. Dieses schließe eine Sensibilisierung der städtischen Mitarbeitenden für ein diskriminierungsfreies Verhalten gegenüber den Bürger*innen nicht ein. Nach seiner Meinung müsse diskriminierungsfreies Handeln der Verwaltung gerade im Kund*innenkontakt verpflichtendes Thema sein und von den Führungskräften angesprochen werden, da es sonst nicht stattfindet. Solange es keine Schulungsmaßnahmen gebe, sei das „Doing“ der Mitarbeitenden nicht diskriminierungsfrei.

Frau Baum merkt an, dass Sie dazu innerhalb der Verwaltung im Austausch mit den Kolleg*innen im Personal- und Verwaltungsmanagement stehe.

Meike Nienhaus zitiert aus der Beantwortung: „Das eigene diskriminierungsfreie Handeln ist in der Haltung jeder Person verankert.“ Es sei damit in der Beantwortung in einem Privatraum verantwortet, was jedoch nicht für den öffentlichen Bereich gelte. Diskriminierungsfreies Handeln solle dort deutlich ablesbar und erkennbar sein, um die diskriminierungsfreie Teilhabe aller Menschen an städtischen Angeboten zu gewährleisten. Es brauche eine Rückmeldung zu dieser Beantwortung, da diese erschütternd sei. Der rubicon e.V. sei im Fortbildungsprogramm für Kindertagesstätten verortet zu den Themen Regenbogenfamilien und geschlechtliche Vielfalt. Dieses Themenfeld sei ein kleiner Bereich, der in alle Fortbildungsprogramme der Stadt Köln aufgenommen werden müsse. In Frage 1 werde gefragt, welche konkreten Qualifizierungsangeboten es u. a. zu Homo- und Transfeindlichkeit gebe. Die Beantwortung führe dazu die Punkte „Diversity und der erfolgreiche Umgang mit Vielfalt in Teams“ sowie „Vielfalt als Erfolgsfaktor – Diversity als Instrument für Führungskräfte“ an. Auf LSBTI-Personen und die Sensibilisierung zu ihren Lebensweisen werde keine Antwort gegeben. Dies müsse zurückgemeldet werden.

Herr Rudolph bestätigt den Eindruck, dass es sich um eine unvollständige Beantwortung handle. So sei die Förderung eines Schulungsprogramms, die sich aus dem LSBTI-Aktionsplan ergebe und für welche Gelder zugewandt worden seien, gar nicht enthalten. Vielmehr werde nur dargestellt, was das städtische Personal- und Verwaltungsmanagement leiste. Dies führe zu einer Schiefelage, da die Stadt Köln wesentlich mehr anbiete. Daher sei die Beantwortung auch bei den fragstellenden Fraktionen komisch angekommen. Im Vorfeld habe es Rückmeldungen von Amtsleitungen gegeben, die sich unter Generalverdacht gestellt sähen. Um Konfliktlagen frühzeitig zu beseitigen, müsse weiterhin ein Austausch erfolgen, damit eine gemeinsame Lösung gefunden werde.

Frau Baum sagt zu, die Anmerkungen mitzunehmen und die Verwaltung um eine Konkretisierung bzw. Stellungnahme bis zur nächsten Sitzung zu bitten.

Die StadtAG LST nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

8.4 LSBTI-Förderprogramm: Freigabe und Verteilung der Mittel von 2022 hier: Mitteilung zu den Beschlüssen des Ausschusses für Soziales, Seniorinnen und Senioren 3955/2022

Frau Bonnemann berichtet ergänzend zu der Mitteilung, dass das im Jahr 2022 als Pilotprojekt aufgelegte LSBTI-Förderprogramm durch die Verabschiedung des Doppelhaushaltes 2023/2024 verstetigt werden könne. Pro Jahr seien Fördermittel in Höhe von 70.000 Euro abrufbar. Nach den Erfahrungen mit dem Förderprogramm 2022 sollten die Förderrichtlinie geschärft und die Antragsunterlagen vereinfacht werden. Nach der noch zu erfolgenden Überarbeitung der Förderrichtlinie müsse diese erneut durch den Rat der Stadt Köln verabschiedet werden, bevor der Aufruf für die nächste Förderphase erfolgen könne. Vor der Überarbeitung der Unterlagen freue sich die Fachstelle LSBTI auch über Rückmeldungen von Mitgliedern der StadtAG.

Meike Nienhaus, Frau Sänger und Herr Piger geben an, Feedback geben zu wollen.

Herr Rudolph ist begeistert, dass das Förderprogramm viel Anklang gefunden habe. In der zweiten Förderphase 2022 seien erfreulich viele Anträge eines breiten Spektrums von Antragstellenden eingegangen. Er sei froh, dass es auch viele Anträge aus der heteronormativen Stadtgesellschaft gegeben haben. Ein gutes Förderprogramm zeichne sich dadurch aus, dass es sowohl die queeren als auch die heteronormativen Strukturen erreiche und dadurch einen gesellschaftlichen Wandel ermögliche.

Die StadtAG LST nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

8.5 Selbstverständlich unterschiedlich: Aktionsplan der Stadt Köln zur Akzeptanz von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt hier: mündlicher Sachstandsbericht

Frau Baum berichtet zunächst, dass die dritte Stelle in der Fachstelle LSBTI Anfang Dezember 2022 endlich mit einem neuem Kollegen besetzt werde. Darüber freue sie sich sehr.

Frau Baum berichtet weiterhin, dass am 25.11.2022 eine weitere Besprechung zur Umsetzung der Anzeigenkampagne stattgefunden habe. Neben Herrn Oberstaatsanwalt Willuhn habe daran auch eine Vertretung des Leitungsstabes der Polizei Köln teilgenommen. Sie habe den Eindruck auf einem guten Weg zu sein, um im Jahr 2023 aktiv in die Stadtgesellschaft hineingehen zu können und die Anzeigenbereitschaft der LSBTI-Communities bei homo- und transfeindlichen Übergriffen zu erhöhen.

Frau Bonnemann berichtet, dass eine Maßnahme des LSBTI-Aktionsplans die Umsetzung eines Fachtages „Queerness in Schule“ sei. Dieser sei im November 2022 vom Netzwerk Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage im Bürgerhaus Kalk umgesetzt worden. Über 130 Schüler*innen, Lehrkräfte und Schulsozialarbeitende hätten daran teilgenommen.

Die StadtAG LST nimmt den mündlichen Sachstandsbericht zur Kenntnis.

8.6 Beantwortung einer mündlichen Anfrage aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 30.08.2022 zum Thema "TIN-Jugendliche" 3966/2022

Frau Baum weist auf die als Tischvorlage ausliegende Beantwortung der Verwaltung zu einer Anfrage aus dem Jugendhilfeausschuss hin. Die StadtAG sei auf Initiative von Herrn Rudolph in die Beratungsfolge aufgenommen worden.

Herr Rudolph äußert, sehr überrascht über die umfassende Beantwortung zu sein. Es sei die erste Antwort, die konkrete Zahlen erhalte. Die weitere Bearbeitung müsse nun in Verbindung mit den zuarbeitenden Fachdienststellen geprüft werden.

Herr Piger zeigt sich irritiert, dass das Jugendamt in der Beantwortung falsche Begrifflichkeiten verwende. Dennoch begrüße er, dass sexuelle und geschlechtliche Vielfalt im Kinder- und Jugendförderplan als Querschnittsthema verankert worden sei. Daraus resultiere die im anyway nun angebundene Fachberatungsstelle für alle Handlungsfelder der Jugendförderung. Seine konkrete Frage habe sich damals auf geschlechtersensible Jugendarbeit bezogen. Jugendarbeit sei für ihn nicht Jugendhilfe, sondern nur ein Teil davon. Zur geschlechtsspezifischen Jugendarbeit gebe es aber nur den Verweis auf die Fachberatungsstelle im anyway und werde darüber hinaus kein Bezug genommen.

Er stelle daher folgende Fragen an die Verwaltung:

1. Wie viele TIN-Jugendliche werden in der offenen Jugendarbeit in Köln erreicht?
2. In wie vielen Jugendeinrichtungen finden TIN-Angebote statt und wie sehen diese aus?

Mike Nienhaus ergänzt, dass es auch um 6-12jährige Kinder gehe. Daher sei die Frage, ob die angegebenen Zahlen ausschließlich TIN-Jugendliche oder auch Kinder meine. Der rubicon e.V. als Erziehungsberatungsstelle habe mit dem Jugendamt der Stadt Köln Qualitätsentwicklungsziele festgelegt. So müssten Unterstützungsmöglichkeiten für TIN-Kinder entwickelt werden, um sich zu Hause oder in der Schule ohne Schwierigkeiten outen zu können. Die Beratungsfälle würden beim rubicon e.V. erfasst.

Herr Weirich wird die Fragen mit ins Jugendamt nehmen.

Die StadtAG LST nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

9 Berichte aus Ausschüssen

Herr Rudolph berichtet, dass in der letzten Sitzung des Ausschusses für Soziales, Seniorinnen und Senioren die Diskussion entstanden sei, ob die Sachkundigen Einwohner*innen der Stadtarbeitsgemeinschaften ein Antragsrecht in Ausschüssen haben. Er frage daher, welche Klärungs- und Änderungsmöglichkeiten es gebe?

Frau Bonnemann erinnert sich an eine Beantwortung der Verwaltung zur Sitzung der [StadtAG LST am 15.12.2016](#), mit der genau diese Frage geklärt worden sei. Damit sei klar geregelt, dass Sachkundige Einwohner*innen der StadtAG'en in den Ausschüssen ein Anfrage- und ein Antragsrecht hätten, aber kein Stimmrecht.

Frau Baum sagt die Klärung durch die Verwaltung zu.

10 Neue Anfragen

Es werden keine neuen mündlichen Anfragen an die Verwaltung gestellt.

11 Themen der nächsten Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender

Frau Baum berichtet zum Sachstand der Namensänderung des Gremiums, dass die Fachstelle LSBTI nach der Entscheidung der StadtAG LST zur Umbenennung in der Sitzung am 06.09.2022 eine Beschlussvorlage verfasst habe, die zwischenzeitlich im Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren beraten worden sei. Der Ausschuss sei der Beschlussempfehlung der StadtAG LST gefolgt, nun müsse der Rat der Stadt Köln in seiner Sitzung am 08.12.2022 die Namensänderung beschließen.

Frau Baum teilt mit, dass für die kommende Sitzung der StadtAG noch keine Themen vorlägen. Sie erinnert an die bereits mitgeteilten Sitzungstermine für das Jahr 2023 am:

- Donnerstag, 09.03.2023, um 17 Uhr unter Leitung von Frau Baum
- Dienstag, 13.06.2023, um 17:30 Uhr unter Leitung von Frau Oberbürgermeisterin Reker
- Donnerstag, 31.08.2023, um 17 Uhr unter Leitung von Frau Baum
- Donnerstag, 23.11.2023, um 17 Uhr unter Leitung von Frau Oberbürgermeisterin Reker

Die Fachstelle LSBTI werde im Januar 2023 noch einmal einen Sitzungsplan mit allen Terminen und Sitzungsräumen verschicken.

12 Verschiedenes

Herr Klaes berichtet, dass zum Welt-Aids-Tag am 01. Dezember verschiedene Veranstaltungen der Aidshilfe Köln geplant seien, die den ausliegenden Flyern entnommen werden können. Zudem werde am Standort Pipinstraße, direkt an der Haltestelle, ein kleiner Weihnachtsmarkt veranstaltet. Besonders hinweisen wolle er auf eine Veranstaltung am 07. Dezember 2022 zum Thema „HIV ist auch weiblich“, an der auch Frau Prof. Dr. Rita Süssmuth teilnehme.

Herr Weiler weist zunächst darauf hin, dass der kommende ColognePride vom 07. bis 09. Juli 2023 stattfindet. Da er von Kölner Gruppen bereits andere Hinweise erhalten habe, wolle er dies klarstellen. Zudem wolle er für den Tag der Menschenrechte am 10. Dezember ankündigen, dass der ColognePride e.V. am Rudolfplatz eine Veranstaltung mit queerem Bühnenprogramm ausrichte.

Frau Baum bedankt sich vor Schließung der Sitzung bei allen Anwesenden für die gute Zusammenarbeit in der StadtAG im auslaufenden Jahr und freue sich auf eine Fortsetzung im kommenden Jahr. Sie wünsche allen ein frohes Weihnachtsfest und einen guten und gesunden Start in das Jahr 2023.

Frau Baum schließt die Sitzung um 19:30 Uhr.

gez. Bettina Baum
stellvertretender Vorsitz

gez. Thiemo Burghof-Parkin
Schriftführung